

Ein System im freien Fall

Großbritanniens NHS nicht reformierbar – Versorgung kollabiert

„Ich will keine englischen Verhältnisse“, sagte der KZVB-Vorsitzende Dr. Rüdiger Schott beim Festakt zur Eröffnung des Bayerischen Zahnärztetages. Noch ist das deutsche Gesundheitssystem vergleichsweise besser aufgestellt als der marode National Health Service (NHS). Doch die Sparpolitik der Ampelkoalition mit ihrem Gesundheitsminister Karl Lauterbach könnte auch hierzulande zu langen Wartezeiten und weiten Wegen führen.

Der britische Premierminister Rishi Sunak verspricht zwar wie all seine Vorgänger eine Verbesserung der Zustände in Kliniken und Arztpraxen. Doch die Realität ist eine andere, wie das „Ärzteblatt“ berichtet. Die Situation vor Ort eskaliert nämlich zusehends.

Ärzte, Pflegekräfte und Rettungspersonal gehen seit Monaten auf die Straße, um auf die Misere beim NHS aufmerksam zu machen. Sie fordern mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und vor allem auch politische Weichenstellungen, damit im Gesundheitssystem endlich wieder die vielen vakanten Stellen besetzt werden können – auch mit Fachkräften aus dem

Ausland. Um die medizinische Versorgung während der Streiks aufrechtzuerhalten, haben einige Kliniken mittlerweile hohe Summen für eine Schicht von unbestimmter Dauer bezahlt, so das „Ärzteblatt“. Die Rede ist von bis zu 7.900 Pfund. Insgesamt seien auf diese Weise bis Anfang August insgesamt mehr als eine Milliarde Pfund Kosten für Streikschichten aufgelaufen. Bis Redaktionsschluss dieses BZB war noch keine Einigung und damit ein Ende der Streiks in Sicht.

Weiterhin lange Wartezeiten

Für Patienten bedeutet all dies nichts Gutes. Sie müssen weiterhin lange Warte-

zeiten auf einen Behandlungstermin beim Arzt in Kauf nehmen. Klinische Routineeingriffe werden verschoben, es kam zu einem „historisch hohen Rückstau von OP-Terminen“, berichtet das „Ärzteblatt“ weiter. „Eine Rekordzahl von Patienten wartet auf medizinische Versorgung und muss unannehmbar lange warten, sei es bei einer Operation, einem Krankenwagen oder in der Notaufnahme“, wird der gesundheitspolitische Sprecher der Labour-Partei, Wes Streeting, im „Ärzteblatt“ zitiert. Ende Juli habe man knapp 7,7 Millionen Menschen gezählt, die auf eine Routinebehandlung warteten – so viele wie nie zuvor. Für sie wie auch für alle anderen sei der NHS ganz offensicht-

lich nicht mehr da – dann nämlich, wenn sie ihn dringend bräuchten.

Der britische Gesundheitsdienst wird größtenteils über Steuern finanziert. Er ist eine nationale Einheitsorganisation mit regionalen Untergliederungen und unterscheidet sich somit elementar vom deutschen Gesundheitswesen. Der Zugang zur medizinischen Versorgung soll für alle niederschwellig sein – soweit die Theorie. Einen Wettbewerb unter den Krankenkassen und Leistungserbringern wie hierzulande gibt es nicht. Prof. Thomas Gerlinger von der Universität Bielefeld, der Gesundheitssysteme erforscht und vergleicht, formulierte es in einem „Tageschau“-Beitrag so: „In einem staatlichen Gesundheitssystem ist natürlich die Höhe der Finanzmittelzuweisung fürs Gesundheitssystem ganz stark an den Willen des Gesetzgebers gebunden, der Regierungsmehrheit im Parlament.“

Brexit verschärft Probleme

Und genau hieran krankt es. Seit 2010 wird beim NHS eine rigide Sparpolitik gefahren. Schon vor der Corona-Krise gab es viel zu viele offene Stellen, die nur mühsam nachbesetzt werden können. Der Brexit verschärfte die Probleme. Weit mehr als 4000 Ärzte und über 40000 Pflegekräfte aus der EU haben Großbritannien deswegen verlassen.

Die staatliche Grundversorgung des NHS ist vor allem für diejenigen gedacht, die sich nicht privat versichern oder medizinische Privatleistungen finanzieren können. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft in Großbritannien deshalb immer weiter auseinander. Haushalte mit geringem Einkommen müssen zusehen, wie sie ihre Lebenshaltungskosten finanzieren können. Im Oktober 2022 hatte die Inflation in Großbritannien mit 11,1 Prozent ihren Spitzenwert erreicht. Im August 2023 lag sie bei 6,7 Prozent.

Arme sterben früher

Damit ist die Teuerungsrate noch immer die höchste unter den G7-Staaten. Laut dem „Ärzteblatt“ gibt es klare Anzeichen dafür, dass die wirtschaftliche Situation der Briten auch die Todesrate beeinflusst.

Das Wissenschaftsmagazin „BMJ Public Health Service“ hatte hierzu eine Untersuchung veröffentlicht. Dieser zufolge würden bei den ärmsten Haushalten die Menschen vier Mal häufiger früher sterben als bei den wohlhabendsten. Dies betrifft vor allem ein vorzeitiges Ableben vor dem 75. Geburtstag.

Fazit: Die Zustände im NHS zeigen auf dramatische Art und Weise, wozu ein rein staatliches Gesundheitssystem führt. Wenn Ärzte, Zahnärzte und Krankenhäuser zu 100 Prozent am Tropf des Staates hängen, gibt es keinerlei Leistungsanreize. Hinzu kommt die chronische Unterfinanzierung des Systems. Die Gesundheitspolitik der Berliner Ampelkoalition geht in die gleiche Richtung. Die Wiedereinführung der Budgetierung führt zwangsläufig auch hierzulande zu Leistungskürzungen und Knappheit. Doch anders als die britischen NHS-Zahnärzte sind die deutschen Zahnärzte Freiberufler, die ihren Patienten auch Privatleistungen anbieten können und dürfen. Fatal wäre jedoch die Einführung einer Bürgerversicherung, die SPD, Linkspartei und Grüne weiterhin fordern (siehe BZB 10/2023).

„Die Abschaffung der PKV und der GOZ würde binnen kürzester Zeit auch hierzulande zu britischen Verhältnissen führen. Die vom linken Lager propagierte Gleichheit ist eine Utopie. Sie wird durch einen zweiten Gesundheitsmarkt ausgehebelt, auf dem sich wohlhabende Selbstzahler Leistungen beschaffen können, die die Einheitsgebührenordnung nicht oder nicht ausreichend vergütet“, so Dr. Rüdiger Schott, Vorsitzender des Vorstands der KZVB.

Dr. Jens Kober, Mitglied des Vorstands der KZVB, sieht durch die Bürgerversicherung sowohl den medizinisch-technischen Fortschritt als auch die flächendeckende Versorgung gefährdet. Auch das zeige der Blick nach Großbritannien. In strukturschwachen Gegenden seien die Wartezeiten für einen Behandlungstermin noch länger als im wohlhabenden London.

Ingrid Scholz
Leo Hofmeier

InteraDent

Ihr klimaneutrales
Dentallabor für Zahnersatz
& Zahnästhetik

FÜR UNSERE UMWELT KLIMANEUTRALER ZAHNERSATZ

Wir übernehmen Verantwortung
als klimaneutrales Unternehmen.

Durch den Erwerb von Zertifikaten gleicht InteraDent die unvermeidlichen CO₂-Emissionen vollständig aus – dies wird vom TÜV Nord überwacht.



Robert Hellhammer
Ihr Berater

+49 (0)151 61 54 28 79



*Ich bin für Sie
in Bayern da!*

